

# Handbuch Migrations- und Integrationsrecht

Dörig

2. Auflage 2020  
ISBN 978-3-406-74752-6  
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei  
[beck-shop.de](https://beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://beck-shop.de) für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Dörig  
Migrations- und Integrationsrecht



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

# Handbuch Migrations- und Integrationsrecht

Herausgegeben von

**Prof. Dr. Harald Dörig**

Richter am Bundesverwaltungsgericht a. D.;  
Honorarprofessor an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

2. Aufl. 2020

  
**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

  
C.H.BECK

Zitiervorschlag:  
Dörig MigrationsR-HdB/ *Bearbeiter*

  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

**www.beck.de**

ISBN 978 3 406 74752 6

©2020 Verlag C. H. Beck oHG  
Wilhelmstraße 9, 80801 München  
Druck: Westermann Druck Zwickau GmbH  
Crimmitschauer Str. 43, 08058 Zwickau

Satz: Druckerei C. H. Beck Nördlingen  
Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen

CO<sub>2</sub>  
*neutral*

  
chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

## Bearbeiterverzeichnis

Dr. Uwe-Dietmar Berlit ..	Vorsitzender Richter am Bundesverwaltungsgericht, Leipzig; Honorarprofessor an der Universität Leipzig
Dr. Harald Dörig .....	Richter am Bundesverwaltungsgericht a. D., Leipzig; Hono- rarprofessor an der Friedrich-Schiller-Universität Jena
Ulrich Drews .....	Richter am Thüringer Oberlandesgericht, Jena
Klaus Faßbender .....	Stab der Bundesbeauftragten für den Datenschutz, Bonn
Dr. Martin Fleuß .....	Richter am Bundesverwaltungsgericht, Leipzig; Lehrbeauf- tragter an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf
Dr. Rolf Gutmann .....	Rechtsanwalt, Fachanwalt für Migrationsrecht und Fachanwalt für Verwaltungsrecht, Stuttgart; Honorarprofessor und Ehren- doktor der Yeditepe-Universität Istanbul
Dr. Stephan Hocks .....	Rechtsanwalt, Fachanwalt für Migrationsrecht, Frankfurt am Main; Lehrbeauftragter an der „Refugee Law Clinic“ der Justus-Liebig-Universität Gießen
Dr. Michael Hoppe .....	Vizepräsident des Verwaltungsgerichts Karlsruhe
Dr. Constantin Hruschka .	Max-Planck-Institut für Sozialrecht und Sozialpolitik, Mün- chen
Katrin Lehmann .....	Vorsitzende Richterin am Hessischen Verwaltungsgerichtshof, Kassel
Dr. Michael Maier-Borst .	Stab der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Berlin
Dr. Reinhard Marx .....	Rechtsanwalt, Frankfurt am Main
Gabriele Mastmann .....	Rechtsanwältin, Frankfurt am Main
Dr. Jessica Niehaus .....	Richterin am Verwaltungsgericht Frankfurt a. M.
Killian O'Brien .....	Asst. Prof./DAAD Fachlektor, Trinity College Dublin, Irland; ehem. European Asylum Support Office, Malta (bis 2017)
Bettina Offer LL. M. ....	Rechtsanwältin, Frankfurt am Main
Kai-Christian Samel .....	Vorsitzender Richter am Verwaltungsgericht Berlin
Dr. Jan Markus Schulte ...	Rechtsanwalt, Fachanwalt für Strafrecht, Kiel
Dr. Ariane Wiedmann,	
MJur (Oxon) .....	Richterin am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof, München



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG



## Vorwort zur 2. Auflage

Das vorliegende Handbuch befasst sich mit dem Migrationsrecht in seinen unterschiedlichen Ausprägungen. Es umfasst das klassische Ausländerrecht, in dem geregelt ist, wer nach Deutschland einreisen darf und wer das Land wieder verlassen muss. Es stellt aber auch ausführlich die rechtlichen Regelungen zur Integration von Ausländern dar bis hin zum Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit. Weitere Schwerpunkte sind die Erwerbsmigration und das Flüchtlingsrecht. Abgerundet werden die Ausführungen durch ein Kapitel zum Recht der Spätaussiedler, denn das Migrationsrecht bezieht sich auch auf deutschstämmige Migranten.

In Deutschland leben etwa 11 Millionen Ausländer. Das sind 12 % der Gesamtbevölkerung. Die Quote liegt über der des Vereinigten Königreichs (8,6 %), Italiens (8,3 %), Schwedens (7,8 %) und Frankreichs (6,6 %). Betrachtet man die Gesamtzahl der Menschen mit Migrationshintergrund, so leben in Deutschland 20,8 Millionen Menschen mit ausländischen Wurzeln, das ist ein Viertel der Gesamtbevölkerung (Stand: 31.12.2018). Diese Zahlen verdeutlichen, dass das Migrationsrecht für die Lebensverhältnisse eines großen Teils der in Deutschland lebenden Menschen von Bedeutung ist. Seine thematische Erschließung, die sich an Sachzusammenhängen und nicht an Paragraphen orientiert, macht sich dieses Handbuch zur Aufgabe.

Das Werk ist ganz überwiegend von Praktikern verfasst und spricht die Probleme des Migrationsrechts an, die in der Lebenswirklichkeit eine Rolle spielen. Es erfasst insbesondere die Themen, die im Rahmen der Lehrgänge zum Erwerb der Qualifikation als Fachanwalt für Migrationsrecht behandelt werden. Der Kernbestand der Autoren konnte aus dem Kreis der Dozentinnen und Dozenten solcher Fachanwaltslehrgänge gewonnen werden. Es sind erfahrene Rechtsanwälte, Richter aus allen Instanzen der Verwaltungsgerichtsbarkeit und eines Oberlandesgerichts, ein Referatsleiter der Bundesintegrationsbeauftragten, ein Jurist der Bundesdatenschutzbeauftragten, ein ehemaliger Mitarbeiter des EU-Asylunterstützungsbüros und ein Mitarbeiter eines Max-Planck-Instituts. Der Unterzeichner war von 2002 bis 2018 Mitglied des für das Migrationsrecht zuständigen 1. Revisionssenats des Bundesverwaltungsgerichts. Die Autoren erläutern die Rechtslage unabhängig von ihrer beruflichen Position.

Das 2018 begründete Handbuch ist mit seiner 2. Auflage auf dem Stand vom März 2020 und bezieht damit auch das Migrationspaket des Jahres 2019 mit acht Änderungsgesetzen in seine Betrachtungen ein – so etwa das Fachkräfteeinwanderungsgesetz, das Zweite Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht („Geordnete-Rückkehr-Gesetz“), das Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung, das Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz und das Zweite Datenaustauschverbesserungsgesetz. Daneben berücksichtigt die Neuauflage weitere wichtige Novellen wie das Gesetz zur Neuregelung des Familiennachzugs zu subsidiär Schutzberechtigten.

Mein Dank gebührt allen Autorinnen und Autoren für die konstruktive Zusammenarbeit, aber auch dem verantwortlichen Lektor des Beck-Verlages Dr. Ulrich Eisenried für seine fachkundige Unterstützung bei der Erstellung des Werkes.

Erfurt, im März 2020

Harald Dörig



**beck-shop.de**  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

## Inhaltsverzeichnis

Bearbeiterverzeichnis .....	V
Vorwort .....	VII
Allgemeines Abkürzungsverzeichnis .....	XXXV
Verzeichnis der abgekürzt zitierten Literatur .....	XXXIX
 <b>Einleitung</b> .....	 1
A. Entwicklung des deutschen und europäischen Migrationsrechts .....	1
I. Gegenstand des Migrationsrechts .....	1
II. Entwicklung der Migration von und nach Deutschland .....	2
III. Migrantinnen in Deutschland heute .....	6
IV. Rechtliche Grundlagen .....	7
B. Grundbegriffe des Migrationsrechts .....	9
 <b>1. Kapitel. Staatsangehörigkeitsrecht</b> .....	 13
§ 1 Grundlagen des Staatsangehörigkeitsrechts .....	13
A. Grundlagen/Einführung .....	13
I. Begriff Staatsangehörigkeit .....	13
II. Allgemeine Funktion der Staatsangehörigkeit .....	15
III. Nationale Staatsangehörigkeit und Unionsbürgerschaft .....	17
B. Rechtsquellen des Staatsangehörigkeitsrechts .....	18
I. Völkerrecht .....	18
II. Unionsrecht .....	19
III. Nationales Recht .....	20
1. Gesetzesrecht .....	20
2. Rechtsverordnungen .....	21
3. Verwaltungsvorschriften .....	21
§ 2 Erwerb und Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit .....	22
A. Erwerb .....	24
I. Allgemeines .....	24
II. Staatsangehörigkeitserwerb kraft Abstammung .....	24
1. Allgemeiner Geburtserwerb (§ 4 Abs. 1 StAG) .....	24
2. Findelkindregelung (§ 4 Abs. 2 StAG) .....	26
3. Erklärungsrecht des Kindes (§ 5 StAG [F. 1997]) .....	27
4. Erwerb durch Annahme als Kind (§ 6 StAG) .....	27
III. Erwerb durch Inlandsgeburt (§ 4 Abs. 3 StAG) .....	28
1. Allgemeines .....	28
2. Inlandsgeburt .....	29
3. Ausländischer Elternteil .....	29
4. Achtjähriger gewöhnlicher Aufenthalt .....	29
5. Unbefristetes Aufenthaltsrecht .....	30
IV. Staatsangehörigkeitserwerb und Vertriebenenrecht .....	31
1. Staatsangehörigkeitserwerb durch Spätaussiedler (§ 7 BVFG) ...	31
2. „Überleitung“ Statusdeutscher ohne deutsche Staatsangehörigkeit (§ 40a StAG) .....	32
V. Erwerb durch „Ersitzung“ (§ 3 Abs. 2 StAG) .....	32
VI. Staatsangehörigkeit(srückerwerb) bei Opfern der NS- Unrechtsherrschaft (Art. 116 Abs. 2 GG) .....	34

## Inhaltsverzeichnis

---

B. Insbesondere: Erwerb durch Einbürgerung .....	35
I. Einbürgerung als Erwerbsgrund .....	35
II. Anspruchsvoraussetzungen der Anspruchseinbürgerung (§ 10 StAG) .....	37
1. Überblick .....	37
2. Klärung der Identität und Staatsangehörigkeit .....	38
3. Staatsangehörigkeitsrechtliche Handlungsfähigkeit .....	39
4. Achtjähriger Inlandsaufenthalt .....	39
a) „Gewöhnlicher“ Aufenthalt .....	40
b) „Rechtmäßiger“ Aufenthalt .....	41
c) Verkürzungen des erforderlichen Voraufenthalts (§ 10 Abs. 3 StAG) .....	41
5. Sicherheitserfordernisse (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 1, § 11 StAG) ....	42
a) Übersicht .....	42
b) Bekenntnis/Loyalitätserklärung .....	42
c) Ausschlussgründe (§ 11 StAG) .....	44
6. Aufenthaltsstatus bei Einbürgerung (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 StAG) .....	47
7. Eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts/ Unterhaltsfähigkeit (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 3 StAG) .....	47
a) Grundsatz: Lebensunterhaltssicherung ohne Leistungsbezug .	47
b) „Vertretenmüssen“ Leistungsbezug .....	48
8. Aufgabe/Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 4, § 12 StAG) .....	51
a) Grundsatz .....	51
b) Hinnahme mehrfacher Staatsangehörigkeit .....	52
9. Strafrechtliche Unbescholtenheit (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 5, § 12b StAG) .....	58
a) Grundsatz: keine Verurteilung .....	58
b) Nichtberücksichtigung von geringfügigen Bestrafungen (§ 12a Abs. 1 S. 1 bis 3 StAG) .....	60
c) Nichtberücksichtigung von Maßregeln der Besserung und Sicherung (§ 12a Abs. 1 S. 4 StAG) .....	61
d) Ausländische Verurteilungen (§ 12a Abs. 2 StAG) .....	61
e) Aussetzung der Einbürgerungsentscheidung bei anhängigen Ermittlungs-/Strafverfahren (§ 12a Abs. 3, 4 StAG) .....	62
10. Sprachanforderungen .....	63
a) Grundsatz: ausreichende Kenntnis der deutschen Sprache ....	63
b) Absehen vom Sprachkenntniserfordernis .....	63
11. Staatsbürgerliche Kenntnisse (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 7, Abs. 5 StAG) .....	64
12. Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse .....	65
13. Miteinbürgerung von Familienangehörigen .....	66
III. Ermessenseinbürgerungen (§§ 8, 9 StAG) .....	67
1. Allgemeines .....	67
2. Allgemeine Ermessenseinbürgerung (§ 8 StAG) .....	68
3. Einbürgerung von Ehegatten oder Lebenspartnern Deutscher (§ 9 StAG) .....	71
4. Weitere Ermessenseinbürgerungstatbestände .....	73
a) Einbürgerung ehemaliger Deutscher (§ 13 StAG) .....	73
b) Einbürgerung von Ausländern mit gewöhnlichem Auslandsaufenthalt (§ 14 StAG) .....	74
c) Staatenlose, heimatlose Ausländer und Flüchtlinge .....	74
d) Heimatlose Personen .....	75

## Inhaltsverzeichnis

C. Verlust der Staatsangehörigkeit .....	76
I. Grundsätzliches/Überblick .....	76
II. Verlust durch Entlassung (§§ 18 bis 24 StAG) .....	77
III. Verlust durch Erwerb einer ausländischen Staatsangehörigkeit .....	78
1. Regelfall: Verlust bei antragsabhängigem Erwerb einer fremden Staatsangehörigkeit .....	78
2. Ausnahmen .....	79
IV. Rücknahme der Einbürgerung .....	80
1. Überblick .....	80
2. Rücknahmevoraussetzungen .....	80
3. Ermessensentscheidung über die Rücknahme .....	81
4. Rücknahmefrist (§ 35 Abs. 3 StAG) .....	82
V. Verlust durch Erklärung (§ 29 StAG) .....	83
VI. Weitere Verlustgründe .....	83
1. Verzicht, Aufgabe (§ 26 StAG); Adoption (§ 27 StAG) .....	83
2. Eintritt in fremde Streitkräfte; Beteiligung an Kampfhandlungen terroristischer Vereinigungen (§ 28 StAG) .....	84
§ 3 Feststellung der Staatsangehörigkeit; Verfahren .....	85
A. Feststellung der deutschen Staatsangehörigkeit („Statusfeststellungsverfahren“; § 30 StAG) .....	86
B. Verwaltungsverfahren .....	88
I. Zuständigkeiten .....	88
1. Staatsangehörigkeitsbehörden .....	88
2. Weitere Behörden .....	89
II. Einbürgerungsverfahren .....	89
1. Allgemeines .....	89
2. Ausgewählte Verfahrensfragen zum Einbürgerungsverfahren .....	90
3. Einbürgerungszusicherung .....	92
4. Aushändigung der Einbürgerungsurkunde .....	93
III. Verwaltungskosten .....	93
IV. Staatsangehörigkeitsentscheidungsregister .....	94
C. Ausgewählte Rechtsschutzfragen .....	95
<b>2. Kapitel. Aufenthaltsrecht .....</b>	<b>99</b>
§ 4 Verfassungsrechtliche und unionsrechtliche Grundlagen .....	99
A. Verfassungsrechtliche Grundlagen .....	99
I. Kein Recht auf Einreise .....	99
II. Grundrechtsbindung bei aufenthaltsrechtlichen Entscheidungen ...	101
III. Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes .....	102
B. Unionsrechtliche Grundlagen .....	103
I. Freizügigkeit für Unionsbürger .....	103
II. Wegfall der Binnengrenzen, Grenzschutz und Kurzzeitvisa .....	104
1. Schengener Grenzkodex .....	104
2. Frontex-Verordnung .....	104
3. Visakodex .....	105
III. Regeln für ein Gemeinsames Europäisches Asylsystem .....	106
IV. Gemeinsame Einwanderungsregeln .....	106
1. Zuwanderung zur Erwerbstätigkeit .....	106
2. Studium .....	107
3. Familiennachzug .....	107
4. Langfristig Aufenthaltsberechtigte .....	108
5. Rückführung in Herkunftsstaat .....	108

## Inhaltsverzeichnis

---

§ 5 Aufenthaltsgesetz .....	109
A. Einreise von Ausländern .....	114
I. Einreise in das Bundesgebiet .....	114
1. Einreisevoraussetzungen .....	114
2. Ausnahmen .....	114
a) Kurzaufenthalte .....	114
b) Kurzfristige Mobilität .....	115
c) Nationale Befreiungen .....	115
d) Türkische Staatsangehörige .....	116
3. Aufenthaltstitel .....	116
4. Visum .....	117
a) Schengen-Visum .....	117
b) Nationales Visum .....	119
5. Das Visum als zwingende Erteilungsvoraussetzung gemäß § 5 Abs. 2 AufenthG .....	120
II. Unerlaubte Einreise .....	121
1. Zurückweisung an der Grenze .....	122
2. Verteilung unerlaubt eingereister Ausländer .....	122
III. Rechtsschutz .....	122
B. Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen für einen Aufenthaltstitel .....	125
I. Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen gemäß § 5 AufenthG .....	125
1. Regelerteilungsvoraussetzungen des § 5 Abs. 1 AufenthG .....	125
a) Sicherung des Lebensunterhalts gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG .....	126
b) Klärung der Identität und der Staatsangehörigkeit gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 1a AufenthG .....	128
c) Nichtbestehen eines Ausweisungsinteresses gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG .....	129
d) Keine Beeinträchtigung oder Gefährdung von Interessen der Bundesrepublik Deutschland aus einem sonstigen Grund gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 3 AufenthG .....	130
e) Erfüllung der Passpflicht gemäß § 5 Abs. 1 Nr. 4 AufenthG ..	131
2. Grundsätzlich zwingende Erteilungsvoraussetzungen des § 5 Abs. 2 AufenthG .....	132
3. Absehen von den Erteilungsvoraussetzungen des § 5 Abs. 1 und 2 AufenthG gemäß § 5 Abs. 3 AufenthG .....	132
4. Grundsätzlich zwingender Versagungsgrund des § 5 Abs. 4 AufenthG .....	132
II. Visum gemäß § 6 AufenthG .....	133
III. Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis gemäß § 7 AufenthG .....	133
1. Einordnung der Aufenthaltserlaubnis nach § 7 Abs. 1 S. 1 AufenthG .....	133
2. Zweckbindung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 7 Abs. 1 S. 2 und 3 AufenthG .....	133
3. Befristung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 7 Abs. 2 S. 1 AufenthG .....	134
4. Nachträglich zeitliche Beschränkung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 7 Abs. 2 S. 2 AufenthG .....	134
IV. Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 8 AufenthG .....	135
1. Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 8 Abs. 1 AufenthG .....	135
2. Regelmäßiger Ausschluss der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 8 Abs. 2 AufenthG .....	136

## Inhaltsverzeichnis

3. Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis bei bestehender Verpflichtung zur ordnungsgemäßen Teilnahme am Integrationskurs gemäß § 8 Abs. 3 und 4 AufenthG .....	136
a) Feststellung einer Verpflichtung aus § 44a Abs. 1 S. 1 AufenthG vor der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 8 Abs. 3 S. 1 AufenthG .....	136
b) Berücksichtigung einer Verletzung der Pflicht aus § 44a Abs. 1 S. 1 AufenthG bei der Entscheidung über die Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 8 Abs. 3 S. 2 AufenthG .....	136
c) Regel- oder Ermessensablehnung der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 8 Abs. 3 S. 3 bis 5 AufenthG bei wiederholter und gröblicher Verletzung der Pflicht aus § 44a Abs. 1 S. 1 AufenthG .....	137
d) Höchstbefristung der Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis gemäß § 8 Abs. 3 S. 6 AufenthG bis zur Erfüllung der Pflicht aus § 44a Abs. 1 S. 1 AufenthG .....	137
e) Ausschluss des § 8 Abs. 3 AufenthG bei der Verlängerung einer nach § 25 Abs. 1, 2 oder 3 AufenthG erteilten Aufenthaltserlaubnis gemäß § 8 Abs. 4 AufenthG .....	138
V. Erteilung einer Niederlassungserlaubnis gemäß § 9 AufenthG .....	138
VI. Erteilung einer Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU gemäß den §§ 9a, 9b und 9c AufenthG .....	138
VII. Aufenthaltstitel bei Asylantrag gemäß § 10 AufenthG .....	138
1. Grundsätzlicher Ausschluss der Erteilung eines Aufenthaltstitels vor dem bestandskräftigen Abschluss des Asylverfahrens gemäß § 10 Abs. 1 AufenthG .....	138
2. Verlängerung eines nach der Einreise des Ausländers erteilten oder verlängerten Aufenthaltstitels trotz Asylantragstellung gemäß § 10 Abs. 2 AufenthG .....	139
3. Grundsätzlicher Ausschluss der Erteilung eines Aufenthaltstitels bei Ablehnung oder Rücknahme eines Asylantrages gemäß § 10 Abs. 3 AufenthG .....	139
a) Grundsätzliche eingeschränkte Sperrwirkung gemäß § 10 Abs. 3 S. 1 AufenthG .....	139
b) Grundsätzliche Sperrwirkung gemäß § 10 Abs. 3 S. 2 AufenthG .....	140
c) Keine Anwendung der Titelerteilungssperre des § 10 Abs. 3 S. 1 und 2 AufenthG gemäß § 10 Abs. 3 S. 3 AufenthG .....	140
VIII. Einreise- und Aufenthaltsverbote gemäß § 11 AufenthG .....	141
IX. Geltungsbereich und Nebenbestimmungen gemäß § 12 AufenthG .....	141
1. Territorialer Geltungsbereich des Aufenthaltstitels gemäß § 12 Abs. 1 AufenthG .....	141
2. Erteilung und Verlängerung des Visums und der Aufenthaltserlaubnis unter Bedingungen gemäß § 12 Abs. 2 S. 1 AufenthG .....	142
3. Verbindung der Aufenthaltserlaubnis mit Auflagen gemäß § 12 Abs. 2 S. 2 AufenthG .....	142
4. Verlässenspflicht gemäß § 12 Abs. 3 AufenthG .....	143
5. Nachträglich zeitliche und/oder räumliche Beschränkung des genehmigungsfreien Aufenthalts gemäß § 12 Abs. 4 AufenthG .....	143
6. Verlässenserlaubnis gemäß § 12 Abs. 5 AufenthG .....	143
X. Wohnsitzregelung gemäß § 12a AufenthG .....	144

## Inhaltsverzeichnis

---

XI. Beantragung eines Aufenthaltstitels gemäß § 81 AufenthG .....	144
1. Antragserfordernis gemäß § 81 Abs. 1 AufenthG .....	144
2. Einholung des Aufenthaltstitels vom Inland aus gemäß § 81 Abs. 2 AufenthG .....	144
3. Antrag bei rechtmäßigem Aufenthalt ohne Aufenthaltstitel gemäß § 81 Abs. 3 AufenthG .....	145
4. Antrag auf Verlängerung oder Neuerteilung eines Aufenthaltstitels gemäß § 81 Abs. 4 AufenthG .....	146
5. Ausstellung der Fiktionsbescheinigung gemäß § 81 Abs. 5 AufenthG .....	149
6. Entscheidung über einen Antrag auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis zum Familiennachzug zu einem Inhaber einer ICT-Karte oder einer Mobiler-ICT-Karte gemäß § 81 Abs. 6 AufenthG .....	150
XII. Rechtsschutz .....	150
1. Rechtsschutz bei Versagung der Erteilung, Neuerteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels .....	150
a) Rechtsschutz in der Hauptsache .....	150
b) Einstweiliger Rechtsschutz .....	151
2. Rechtsschutz bei Nebenbestimmungen .....	151
3. Rechtsschutz bei nachträglicher zeitlicher Beschränkung der Aufenthaltserlaubnis oder des genehmigungsfreien Aufenthalts ..	152
C. Aufenthaltsw Zwecke .....	152
I. Erwerbstätigkeit .....	152
1. Grundlagen .....	152
a) Verbot mit Erlaubnisvorbehalt vs. Erlaubnis mit Verbotsvorbehalt .....	153
b) Nachfrageorientiertes Zuwanderungssystem .....	153
c) Vorrangprüfung (§ 39 Abs. 3 Nr. 3 AufenthG) .....	154
d) Vergleichbarkeitsprüfung (§ 39 Abs. 2 Nr. 1 bzw. Abs. 3 Nr. 1 AufenthG) .....	154
e) Erwerbsmigration im Rahmen des AufenthG .....	155
2. Beschäftigung (§ 18 AufenthG) .....	155
a) Erfordernisse des Wirtschafts- und Wissenschaftsstandortes Deutschland (§ 18 Abs. 1 AufenthG) .....	155
b) Allgemeine Voraussetzungen für Beschäftigungsaufenthalte (§ 18 Abs. 2 und 3 AufenthG) .....	155
c) Erteilungsdauer (§ 18 Abs. 4 AufenthG) .....	156
3. Blaue Karte EU (§ 18b Abs. 2 AufenthG) .....	156
a) Blaue Karte in Grundzügen .....	157
b) Erteilungsvoraussetzungen .....	157
4. ICT Karte für unternehmensintern transferierte Arbeitnehmer (§ 19 ff AufenthG) .....	158
a) Berechtigter Personenkreis: Führungskräfte, Spezialisten und Trainees .....	158
b) Entsendedauer .....	158
c) Mobilitätsschema (§§ 19a und 19b AufenthG) .....	159
5. Forschung (§ 18d ff AufenthG) .....	159
a) Berechtigter Personenkreis .....	159
b) Regelungstechnik .....	159
c) Mobilitätsschema (§§ 18e und 18f AufenthG) .....	159
6. Sonstige Beschäftigte und Beamte (§ 19c AufenthG) .....	160
7. Niederlassungserlaubnis für Fachkräfte (§§ 18c AufenthG) .....	160



## Inhaltsverzeichnis

8. Aufenthaltserlaubnis zur Arbeitssuche für Fachkräfte (§ 20 AufenthG) .....	160
9. Selbständige Tätigkeit (§ 21 AufenthG) .....	161
a) Allgemeine Voraussetzungen .....	161
b) Privilegierung von Freiberuflern .....	161
c) Privilegierung von Hochschulabsolventen, Forschern und Wissenschaftlern .....	162
II. Ausbildung .....	162
1. Allgemeines .....	162
2. Berufliche Aus- und Weiterbildung .....	163
3. Studium .....	164
4. Sprachkurs und Schulbesuch .....	168
5. Aufenthalt zur Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen .....	169
6. Rechtsschutz .....	171
III. Humanitäre Aufenthaltstitel .....	172
1. Aufnahme aus dem Ausland gemäß § 22 AufenthG .....	172
2. Aufenthaltsgewährung gemäß § 23 AufenthG .....	172
3. Aufenthaltsgewährung in Härtefällen gemäß § 23a AufenthG ...	173
4. Aufenthaltsgewährung zum vorübergehenden Schutz gemäß § 24 AufenthG .....	175
5. Aufenthalt aus humanitären Gründen gemäß § 25 AufenthG ...	176
a) Asylberechtigte (§ 25 Abs. 1 AufenthG) .....	176
b) Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte (§ 25 Abs. 2 AufenthG) .....	176
c) Aufenthaltserlaubnis bei Abschiebungsverboten gemäß § 60 Abs. 5 und 7 AufenthG (§ 25 Abs. 3 AufenthG) .....	177
d) Vorübergehender Aufenthalt aus dringenden humanitären und politischen Gründen (§ 25 Abs. 4 S. 1 AufenthG) .....	178
e) Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis wegen einer außergewöhnlichen Härte (§ 25 Abs. 4 S. 2 AufenthG) .....	179
f) Opfer von bestimmten Straftaten gegen die persönliche Freiheit (§ 25 Abs. 4a AufenthG) .....	180
g) Illegal beschäftigte ausländische Arbeitnehmer (§ 25 Abs. 4b AufenthG) .....	180
h) Aufenthaltserlaubnis bei rechtlicher und tatsächlicher Unmöglichkeit der Ausreise (§ 25 Abs. 5 AufenthG) .....	181
6. Aufenthaltsgewährung bei gut integrierten Jugendlichen und Heranwachsenden gemäß § 25a AufenthG .....	183
7. Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration (§ 25b AufenthG) .....	184
8. Dauer des Aufenthalts gemäß § 26 AufenthG .....	186
IV. Familiäre Aufenthaltstitel .....	188
1. Verfassungsrechtliche, völkerrechtliche und unionsrechtliche Maßstäbe für den Aufenthalt aus familiären Gründen .....	188
a) Verfassungsrecht .....	188
b) Völkerrecht .....	190
c) Unionsrecht .....	191
2. Grundsatz des Familiennachzugs gemäß § 27 AufenthG .....	191
3. Familiennachzug zu Ausländern gemäß § 29 ff. AufenthG .....	193
a) Familiennachzug zu Ausländern gemäß § 29 AufenthG .....	193
b) Ehegattennachzug gemäß §§ 30, 31 AufenthG .....	194
c) Kindernachzug gemäß §§ 32, 33, 34, 35 AufenthG .....	199

## Inhaltsverzeichnis

d) Nachzug der Eltern und sonstiger Familienangehöriger gemäß § 36 AufenthG .....	205
e) Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten gemäß § 36a AufenthG .....	206
4. Familiennachzug zu Deutschen gemäß § 28 AufenthG .....	209
a) Allgemeines .....	209
b) Ehegattennachzug .....	210
c) Kindernachzug .....	210
d) Elternnachzug .....	210
e) Regelanspruch auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis ..	211
f) Eigenständiges Aufenthaltsrecht von Ehegatten und Kindern ..	211
g) Anspruch der Eltern auf Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis .....	212
h) Sonstige Familienangehörige .....	212
5. §§ 104 bis 104b AufenthG .....	212
a) Übergangsregelungen gemäß § 104 AufenthG .....	212
b) Altfallregelung gemäß § 104a AufenthG .....	213
c) Aufenthaltsrecht für integrierte Kinder von geduldeten Ausländern gemäß § 104b AufenthG .....	214
<b>3. Kapitel. Aufenthaltsbeendigung</b> .....	215
§ 6 Beendigung des Aufenthaltsrechts .....	215
A. Ausreisepflicht (§ 50 AufenthG) .....	216
I. Entstehen und Bedeutung der Ausreisepflicht .....	216
1. Nicht oder nicht mehr im Besitz eines Aufenthaltstitels .....	216
2. Erforderlichkeit eines Aufenthaltstitels .....	217
3. Bedeutung und Umfang der Ausreisepflicht .....	217
4. Zeitliche Dimension der Ausreisepflicht .....	218
II. Pflichten von und Umgang mit ausreisepflichtigen Ausländern ....	219
B. Erlöschen von Aufenthaltstiteln (§ 51 AufenthG) .....	220
I. Allgemeines zu den Erlöschensgründen .....	221
II. Die Erlöschensgründe aus § 51 Abs. 1 AufenthG .....	221
1. Ablauf der Geltungsdauer (§ 51 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG) .....	221
2. Eintritt einer auflösenden Bedingung (§ 51 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG) .....	221
3. Rücknahme und Widerruf (§ 51 Abs. 1 Nr. 3 und Nr. 4 AufenthG) .....	222
4. Ausweisung oder Abschiebungsanordnung (§ 51 Abs. 1 Nr. 5 und Nr. 5a AufenthG) .....	222
5. Ausreise (§ 51 Abs. 1 Nr. 6 und Nr. 7 AufenthG) .....	222
a) Zweck der Regelungen .....	222
b) Begriff der Ausreise in § 51 Abs. 1 Nr. 6 und Nr. 7 AufenthG .....	222
c) Ausreise aus nicht nur vorübergehendem Grund (§ 51 Abs. 1 Nr. 6 AufenthG) .....	223
d) Ausreise und keine Wiedereinreise in der Sechs-Monats-Frist (§ 51 Abs. 1 Nr. 7 AufenthG) .....	224
6. Asylantrag bei humanitärem Aufenthaltstitel (§ 51 Abs. 1 Nr. 8 AufenthG) .....	225
III. Privilegierungen und Ausnahmen .....	225
1. Inhaber einer ICT-Karte nach § 19 AufenthG und bestimmter Aufenthaltstitel zu Studien- und Forschungszwecken (§ 51 Abs. 1a AufenthG) .....	225

## Inhaltsverzeichnis

2. Inhaber einer Niederlassungserlaubnis (§ 51 Abs. 2 und Abs. 4 AufenthG) .....	225
3. Abweichung von § 51 Abs. 1 Nr. 6 und 7 AufenthG ohne Niederlassungserlaubnis (§ 51 Abs. 3, Abs. 4 Abs. 7 und Abs. 10 AufenthG) .....	226
IV. Erlöschen der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU .....	227
C. Widerruf (§ 52 AufenthG) .....	228
I. Widerrufstatbestände und auf sie bezogene Fragen der Ermessensausübung .....	228
II. Rechtsfolge Ermessen – grundsätzliche Erwägungen .....	229
III. Rechtsschutz .....	230
§ 7 Aufenthaltsbeendigung durch Ausweisung .....	230
A. Maßstäbe für eine Ausweisung (§ 53 AufenthG) .....	233
I. Entwicklung des Ausweisungsrechts .....	233
II. Systematik des Ausweisungsrechts .....	234
III. Das öffentliche Ausweisungsinteresse .....	234
1. Gefahrenabwehr als Ziel der Ausweisung .....	235
a) Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung .....	235
b) Gefährdung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung .....	236
c) Gefährdung sonstiger erheblicher Belange der Bundesrepublik Deutschland .....	236
2. Spezialpräventive und generalpräventive Gründe der Ausweisung .....	237
IV. Das Bleibeinteresse .....	240
V. Abwägung nach Verhältnismäßigkeit .....	242
VI. Besonders geschützte Personengruppen .....	243
1. Assoziationsberechtigte türkische Staatsangehörige .....	245
2. Langfristig aufenthaltsberechtigte Drittstaatsangehörige .....	246
3. Flüchtlinge und Asylberechtigte .....	246
4. Subsidiär Schutzberechtigte .....	249
5. Unionsrechtlich geprägte Verhältnismäßigkeitsprüfung .....	250
VII. Asylantragsteller .....	250
VIII. Prüfprogramm .....	251
B. Das öffentliche Ausweisungsinteresse .....	251
I. Allgemeines .....	251
II. Das besonders schwerwiegende Ausweisungsinteresse (§ 54 Abs. 1 AufenthG) .....	252
1. Freiheits- oder Jugendstrafen von mindestens zwei Jahren wegen Vorsatzdelikten oder Sicherungsverwahrung (Abs. 1 Nr. 1) .....	252
2. Freiheits- oder Jugendstrafe von mindestens einem Jahr bei bestimmten Vorsatzdelikten (Abs. 1 Nr. 1a und Nr. 1b) .....	253
3. Gefährdung der freiheitlich demokratischen Grundordnung oder der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland (Abs. 1 Nr. 2) ..	255
4. Leiter eines verbotenen Vereins (Abs. 1 Nr. 3) .....	258
5. Gewaltsame Verfolgung politischer Ziele (Abs. 1 Nr. 4) .....	258
6. Aufruf zum Hass (Abs. 1 Nr. 5) .....	259
III. Das schwerwiegende Ausweisungsinteresse (§ 54 Abs. 2 AufenthG) .....	260
1. Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten (Abs. 2 Nr. 1) ....	260
2. Jugendstrafe von mindestens einem Jahr ohne Bewährung (Abs. 2 Nr. 2) .....	261
3. Betäubungsmittelkriminalität (Abs. 2 Nr. 3 und 4) .....	261
4. Ausschluss vom gesellschaftlichen Leben (Abs. 2 Nr. 5) .....	261
5. Zwangsehe (Abs. 2 Nr. 6) .....	261

## Inhaltsverzeichnis

6. Falschangaben bei Sicherheitsbefragungen (Abs. 2 Nr. 7) .....	262
7. Pflichtverletzungen im Verwaltungsverfahren (Abs. 2 Nr. 8) .....	263
8. Sonstige Rechtsverstöße (Abs. 2 Nr. 9) .....	264
C. Das Bleibeinteresse des Ausländers .....	265
I. Allgemeines .....	265
II. Das besonders schwerwiegende Bleibeinteresse (§ 55 Abs. 1 AufenthG) .....	265
1. Niederlassungserlaubnis und rechtmäßiger fünfjähriger Aufenthalt (Abs. 1 Nr. 1) .....	265
2. „Faktische Inländer“ (Abs. 1 Nr. 2) .....	266
3. Aufenthaltserlaubnis, rechtmäßiger fünfjähriger Aufenthalt und eheliche/lebenspartnerschaftliche Lebensgemeinschaft mit Personen nach Nr. 1 oder Nr. 2 (Abs. 1 Nr. 3) .....	266
4. Familiäre Beziehungen zu einem deutschen Staatsangehörigen (Abs. 1 Nr. 4) .....	266
5. Humanitäre Gründe (Abs. 1 Nr. 5) .....	268
III. Das schwerwiegende Bleibeinteresse (Abs. 2) .....	268
1. Minderjähriger mit Aufenthaltserlaubnis (Abs. 2 Nr. 1) .....	268
2. Aufenthaltserlaubnis und fünfjähriger Aufenthalt (Abs. 2 Nr. 2) ..	269
3. Ausübung der Personensorge oder Umgangsrecht (Abs. 2 Nr. 3) ..	269
4. Minderjähriger mit sich rechtmäßig aufhaltigen Eltern (Abs. 2 Nr. 4) .....	269
5. Belange oder das Wohl des Kindes zu berücksichtigten (Abs. 2 Nr. 5) .....	270
D. Die Rechtsfolgen der Ausweisung .....	270
E. Das Einreise- und Aufenthaltsverbot infolge einer Ausweisung .....	271
I. Allgemeines .....	271
II. Ausgestaltung und Wirkungen des Einreise- und Aufenthaltsverbots .....	272
1. Erlassvoraussetzungen .....	272
2. Die Befristung des Einreise- und Aufenthaltsverbots .....	272
3. Fristbeginn und Ausgestaltung der Frist .....	275
4. Nachträgliche Abänderung der Frist und die Aufhebung des Einreise- und Aufenthaltsverbots .....	276
III. Zuständigkeitsfragen .....	277
IV. Einreise trotz entgegenstehendem Verbot .....	277
F. Rechtsschutz gegen die Ausweisung und das Einreise- und Aufenthaltsverbot .....	278
I. Hauptsacheverfahren .....	278
1. Klageart und -gegenstand .....	278
2. Aufschiebende Wirkung des Rechtsbehelfs gegen die Ausweisung .....	278
3. Aufschiebende Wirkung des Rechtsbehelfs gegen das Einreise- und Aufenthaltsverbot .....	278
4. Maßgeblicher Zeitpunkt für die Sach- und Rechtslage .....	279
5. Ermessensergänzungen beim befristeten Einreise- und Aufenthaltsverbot .....	279
6. Beteiligung von Familienangehörigen .....	280
II. Eilrechtsschutz .....	280
1. Vorläufiger Rechtsschutz gegen sofort vollziehbare Ausweisung ..	281
a) Gesonderte Begründung des Sofortvollzugs .....	281
b) Materieller Prüfungsmaßstab .....	282

2. Vorläufiger Rechtsschutz bei Versagung eines Aufenthaltstitels und gleichzeitiger Ausweisung .....	283
3. Vorläufiger Rechtsschutz gegen das befristete Einreise- und Aufenthaltsverbot .....	283
G. Überwachung ausreisepflichtiger Ausländer aus Gründen der inneren Sicherheit (§ 56 f. AufenthG) .....	283
I. Überwachungsregelungen kraft Gesetzes .....	284
1. Meldepflicht (§ 56 Abs. 1 S. 1 AufenthG) .....	284
2. Aufenthaltsbeschränkung (§ 56 Abs. 2 AufenthG) .....	285
II. Überwachungsregelungen aufgrund behördlicher Einzelfallentscheidung .....	286
1. Meldeauflagen gegen vollziehbar Ausreisepflichtige .....	286
2. Wohnsitzauflagen .....	287
3. Kontakt- und Kommunikationsverbote .....	288
4. Elektronische Aufenthaltsüberwachung .....	290
5. Sanktionsmöglichkeiten .....	290
<b>4. Kapitel. Vollstreckung der Ausreisepflicht</b> .....	291
§ 8 Vollstreckung mittels Abschiebung und Zurückschiebung .....	291
A. Allgemeines .....	292
B. Zurückschiebung (§ 57 AufenthG) .....	292
I. Rechtsnatur .....	292
II. Voraussetzungen nach § 57 Abs. 1 AufenthG .....	293
III. Voraussetzungen nach § 57 Abs. 2 AufenthG .....	294
C. Abschiebung (§§ 58 ff. AufenthG) .....	295
I. Rechtsnatur der Abschiebung .....	295
II. Abschiebungsvoraussetzungen .....	296
1. Vollziehbare Ausreisepflicht .....	297
2. Vorliegen eines Abschiebungsgrundes .....	298
3. Abschiebungsandrohung nach § 59 Abs. 1 AufenthG .....	299
III. Keine Abschiebungsverbote und -hindernisse .....	301
1. Schutzbegehren des Betroffenen .....	301
2. Wirkungen einer unanfechtbaren Abschiebungsandrohung .....	302
IV. Der Vollzug der Abschiebung .....	303
1. Grundsatz der Verhältnismäßigkeit in der Vollstreckung .....	303
2. Abschiebung unbegleiteter Minderjähriger .....	303
3. Freiheitsbeschränkungen während der Abschiebung .....	304
4. Betreten von Wohnungen zur Ermöglichung der Abschiebung ..	305
5. Abschiebung auf dem Luftweg .....	305
V. Rechtsfolgen der Abschiebung – das Einreise- und Aufenthaltsverbot .....	306
1. Die Entwicklung der Regelung .....	306
2. Dauer des Einreiseverbots .....	307
3. Einreise- und Aufenthaltsverbot außerhalb des Anwendungsbereichs der Rückführungs-RL .....	307
VI. Rechtsschutz .....	308
1. Rechtsschutz gegen die Abschiebungsandrohung und die Ausreisefrist .....	308
a) Klageverfahren .....	308
b) Vorläufiger Rechtsschutz .....	310
2. Rechtsschutz gegen die Abschiebung selbst .....	310
a) Vorläufiger Rechtsschutz .....	310
b) Klageverfahren .....	311

## Inhaltsverzeichnis

---

3. Rechtsschutz gegen das Einreiseverbot .....	311
4. Rückgängigmachung der Folgen der Abschiebung .....	311
a) Klageverfahren .....	311
b) Vorläufiger Rechtsschutz .....	312
D. Die Abschiebungsanordnung (§ 58a AufenthG) .....	312
I. Allgemeines .....	312
II. Gefahrenbegriffe und -intensität .....	313
1. Besondere Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland .....	313
2. Terroristische Gefahr .....	314
3. Eintrittswahrscheinlichkeit .....	315
III. Abschiebungsverbote .....	317
IV. Einreise- und Aufenthaltsverbot .....	317
V. Verfahren und Rechtsschutz .....	317
1. Anhörung .....	317
2. Rechtsschutz .....	318
§ 9 Vollstreckung mittels Abschiebungshaft .....	319
A. Rechtliche Grundlagen .....	320
B. Materielle Voraussetzungen .....	321
I. Freiheitsentziehung .....	321
II. Voraussetzungen der Abschiebungshaft (§ 62 Abs. 3 AufenthG) ...	322
1. Fluchtgefahr (§ 62 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 AufenthG) .....	322
a) Täuschungshandlung (§ 62 Abs. 3a Nr. 1 AufenthG) .....	322
b) Unentschuldigtes Fernbleiben bei behördlichen oder ärztlichen Terminen (§ 62 Abs. 3a Nr. 2 AufenthG) .....	322
c) Unangemeldeter Wechsel des Aufenthaltsortes (§ 62 Abs. 3a Nr. 3 AufenthG) .....	323
d) Aufenthalt entgegen § 11 Abs. 1, Abs. 8 AufenthG (§ 62 Abs. 3a Nr. 4 AufenthG) .....	323
e) Entziehung bei früherer Abschiebung (§ 62 Abs. 3a Nr. 5 AufenthG) .....	323
f) Ausdrückliche Erklärung des Ausländers (§ 62 Abs. 3a Nr. 6 AufenthG) .....	323
g) Identitätstäuschung (§ 62 Abs. 3b Nr. 1 AufenthG) .....	324
h) Erhebliche finanzielle Aufwendungen (§ 62 Abs. 3b Nr. 2 AufenthG) .....	324
i) Gefährdung der inneren Sicherheit (§ 62 Abs. 3b Nr. 3 AufenthG) .....	324
j) Strafrechtliche Verurteilung (§ 62 Abs. 3b Nr. 4 AufenthG) .	324
k) Fehlende Mitwirkungshandlungen bei Identitätsfeststellung (§ 62 Abs. 3b Nr. 5 AufenthG) .....	325
l) Verstoß gegen Pflichten im Zusammenhang mit der Aufenthaltsbeendigung (§ 62 Abs. 3b Nr. 6 AufenthG) .....	325
m) Fehlender Aufenthaltsort (§ 62 Abs. 3b Nr. 7 AufenthG) ....	325
2. Vollziehbare Ausreisepflicht aufgrund unerlaubter Einreise (§ 62 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 AufenthG) .....	325
3. Haftgrund der Abschiebungsanordnung (§ 62 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 AufenthG) .....	326
III. Voraussetzungen des Ausreisegewahrsams (§ 62b AufenthG) .....	326
IV. Vorbereitungshaft (§ 62 Abs. 2 AufenthG) .....	327
V. Mitwirkungshaft (§ 62 Abs. 6 AufenthG) .....	327
VI. Rücküberstellungshaft .....	328

## Inhaltsverzeichnis

VII. Voraussetzungen des Festhalterrechts der Behörde (§ 58 Abs. 4 S. 1 AufenthG) .....	328
VIII. Verhältnismäßigkeit .....	329
1. Allgemeine Grundsätze .....	329
2. Prognose nach § 62 Abs. 3 S. 3 AufenthG .....	329
3. Sonstige im Rahmen der Verhältnismäßigkeit zu beachtende Umstände .....	331
4. Art und Weise der Haftunterbringung .....	332
IX. Beschleunigungsgebot .....	333
C. Verfahrensrecht .....	334
I. Zulässiger Haftantrag (§ 417 FamFG) .....	334
1. Zuständigkeit der Behörde (§ 417 Abs. 1 FamFG) .....	334
2. Begründungsinhalt des Haftantrags (§ 417 Abs. 2 S. 1 FamFG) ..	335
3. Beziehung der Ausländerakte .....	337
4. Weitere formelle Erfordernisse .....	338
5. Pflicht zur Anhörung .....	338
6. Umfang der richterlichen Kontrolle und Belehrungspflichten ...	340
7. Heilung von Verfahrensfehlern .....	341
II. Verlängerung der Abschiebungshaft .....	342
III. Rechtsmittel .....	342
IV. Verfahrenskostenhilfe .....	343
D. Folgen einer unbegründeten Haftanordnung .....	343
E. Prüfungsschema für einen Haftantrag .....	343
§ 10 Duldung, Beschränkung, Haftung .....	344
A. Die Aussetzung der Abschiebung (Duldung) .....	346
I. Allgemeines .....	347
II. Aussetzung der Abschiebung für bestimmte Personengruppen (§ 60a Abs. 1 AufenthG) .....	347
III. Rechtliche oder tatsächliche Unmöglichkeit der Abschiebung (§ 60a Abs. 2 S. 1 und 2 AufenthG) .....	348
1. Die rechtliche Unmöglichkeit der Abschiebung .....	348
a) Unterscheidung zwischen inlandsbezogenen Vollstreckungshindernissen und zielstaatsbezogenen Abschiebungsverboten .....	348
b) Inlandsbezogene Abschiebungshindernisse .....	349
2. Die tatsächliche Unmöglichkeit der Abschiebung .....	357
IV. Duldung aus dringenden humanitären oder persönlichen Gründen und aus erheblichen öffentlichen Interessen (§ 60a Abs. 2 S. 3 und 4 AufenthG) .....	358
1. Ermessensduldung (Abs. 2 S. 3) .....	358
2. Vaterschaftsanerkennung (Abs. 2 S. 4) .....	359
V. Aussetzung der Abschiebung nach gescheiterter Abschiebung (§ 60a Abs. 2a AufenthG) .....	359
VI. Eltern gut integrierter Jugendlicher (§ 60a Abs. 2b AufenthG) ....	359
VII. Erlöschen der Duldung (§ 60a Abs. 5 AufenthG) .....	360
VIII. Ausschluss von der Erwerbstätigkeit (§ 60a Abs. 6 AufenthG) ....	361
IX. Duldung für Personen mit ungeklärter Identität und besondere Passbeschaffungspflichten (§ 60b AufenthG) .....	363
1. Nebenbestimmung „für Personen mit ungeklärter Identität“ (Abs. 1) .....	363
2. Besondere Passbeschaffungspflichten“ (Abs. 2 und 3) .....	364
3. Rechtsfolgen und Nachholung von Handlungen (Abs. 5 und Abs. 4) .....	365

## Inhaltsverzeichnis

4. Rechtsschutzfragen (insb. Abs. 6) .....	366
5. Ausschluss der Anwendung von § 60b AufenthG (§ 105 AufenthG) .....	366
X. Die Ausbildungsduldung (§ 60c AufenthG) .....	367
1. Begriff der Berufsausbildung .....	367
2. Berufsausbildung als Asylbewerber aufgenommen (Abs. 1 S. 1 Nr. 1) .....	368
3. Berufsausbildung wird mit Duldung aufgenommen (Abs. 1 S. 1 Nr. 2) .....	368
4. Beschäftigungserlaubnis .....	368
5. Versagungsgründe .....	369
6. Erlöschen und seine Folgen (Abs. 4 bis 6) .....	370
7. Ausbildungsduldung nach Ermessen (Abs. 7) .....	371
XI. Die Beschäftigungsduldung (§ 60d AufenthG) .....	371
1. Familienrelevante Erteilungsvoraussetzungen .....	371
2. Persönliche Erteilungsvoraussetzungen .....	372
3. Rechtsfolge „Regelerteilung“ (Abs. 1) und „Ermessen (Abs. 4) .....	373
4. Widerruf (Abs. 3) .....	373
B. Räumliche und andere Beschränkungen gegenüber vollziehbar Ausreisepflichtigen (§ 61 AufenthG) .....	373
I. Allgemeines .....	373
II. Räumliche Beschränkung des Aufenthalts .....	374
1. Räumliche Beschränkungen kraft Gesetzes .....	374
2. Beschränkungen kraft behördlicher Anordnung .....	376
3. Wohnsitzauflage (Abs. 1d) .....	377
III. Andere Bedingungen und Auflagen (§ 61 Abs. 1e und 1f AufenthG) .....	377
IV. Ausreiseeinrichtungen (Abs. 2) .....	378
C. Ausländerrechtliche Haftung Dritter (§§ 63 bis 68 AufenthG) .....	378
I. Pflichten der Beförderungsunternehmer (§§ 63, 64 AufenthG) .....	378
1. Völkerrechtliche und europarechtliche Vorgaben .....	378
2. Verfassungsrecht .....	379
3. Beförderungsunternehmer und Beförderungsleistung .....	380
4. Inhalt des Beförderungsverbots .....	380
5. Rückbeförderungspflicht .....	382
II. Pflichten des Flughafenunternehmers (§ 65 AufenthG) .....	382
III. Kosten der Abschiebung (§§ 66, 67 AufenthG) .....	383
1. Kostenschuldner .....	384
2. Umfang der Kostenhaftung (§ 67 AufenthG) .....	385
3. Kostenhaftung bei selbständig in Rechte des Ausländers eingreifenden Amtshandlungen .....	385
4. Kostenhaftung bei sonstigen Amtshandlungen .....	386
5. Durchsetzung der Kostenansprüche .....	387
IV. Verpflichtungserklärung (§§ 68, 68a AufenthG) .....	388
1. Abgabe der Verpflichtungserklärung .....	388
2. Wirksamkeit der Verpflichtungserklärung .....	389
3. Inhalt und Umfang der Haftung .....	389
4. Zeitliche Grenzen der Haftung .....	390
5. Nachträgliche Lösung von der Verpflichtungserklärung .....	391
6. Geltendmachung des Erstattungsanspruchs .....	392



<b>5. Kapitel. Freizügigkeit in der Europäischen Union</b>	395
§ 11 Die Freizügigkeit der Unionsbürgerinnen und Unionsbürger	395
A. Einleitung	395
B. Die europarechtlichen Grundlagen der Unionsbürgerschaft und Freizügigkeit	400
I. Die Normenhierarchie der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten	400
II. Die Grundlagen von Unionsbürgerschaft und Freizügigkeit	401
III. Die Umsetzung der primärrechtlichen Freizügigkeitsregelungen in der Freizügigkeits-VO (EU) 492/2011 sowie der Freizügigkeits-RL 2004/38/EG	402
C. Die Umsetzung von EUV, AEUV und Freizügigkeits-RL durch das FreizügG/EU	404
I. Die Freizügigkeitsberechtigten nach dem FreizügG/EU	404
1. Die Freizügigkeitsberechtigung der Unionsbürgerinnen und -bürger, die sich als Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer oder zur Berufsausbildung aufhalten wollen	404
2. Die Freizügigkeit der Unionsbürgerinnen und -bürger, die sich zur Arbeitssuche aufhalten	408
3. Die Freizügigkeit der Unionsbürgerinnen und -bürger, die zur Ausübung einer selbständigen Erwerbstätigkeit berechtigt sind	413
4. Die Freizügigkeit der Erbringer und Empfänger von Dienstleistungen	414
5. Die Freizügigkeit nicht erwerbstätiger Unionsbürgerinnen und -bürger	417
6. Die Freizügigkeit der Familienangehörigen der Unionsbürgerinnen und -bürger	421
7. Die Freizügigkeit der Daueraufenthaltsberechtigten	431
II. Aufenthaltstitel, Visum, Aufenthaltskarte	436
III. Beschränkungen und Verlust des Freizügigkeitsrechts	439
IV. Zuständigkeitsfragen	449
V. Sonderfragen zu EWR- und Beitrittsstaaten	452
D. Rechtsschutz	452
§ 12 Assoziationsabkommen	454
A. Assoziationsabkommen mit der Türkei (ARB 1/80)	455
I. Sonderrechte für türkische Staatsangehörige und ihre Familienangehörigen	455
1. Entstehung	455
2. Mögliche Beendigung der Assoziation	457
3. Das Verhältnis zwischen Art. 6 und 7 ARB 1/80	458
4. Europarechtliche Einordnung des Assoziationsrechts	458
II. Aufenthaltsrecht türkischer Arbeitnehmer	459
1. Begriff des Arbeitnehmers	459
2. Ordnungsgemäße Beschäftigung am regulären Arbeitsmarkt	462
a) Regulärer Arbeitsmarkt	462
b) Bedeutung des Grunds für den Zuzug	463
c) Befristete Aufnahme	463
d) Grenzüberschreitende Sachverhalte	463
e) Ordnungsgemäße Beschäftigung	465
f) Öffentlicher Dienst	465
3. Gestufte Zulassung zum Arbeitsmarkt	466
a) Drei Stufen der Freizügigkeit	466
b) Regel und Ausnahme	467

## Inhaltsverzeichnis

4. Unterbrechungen der Beschäftigung .....	467
a) Kurzfristige Unterbrechungen .....	467
b) Längerfristige Unterbrechungen der Beschäftigung .....	469
III. Nachgezogene Familienangehörige .....	471
1. Begünstigter Personenkreis .....	471
a) Stammberechtigte .....	471
b) Genehmigter Familiennachzug .....	472
c) Familienangehörige .....	473
d) Ordnungsgemäßer Wohnsitz .....	473
e) Vorrang der Unionsbürger .....	475
f) Arbeitsuche .....	475
2. Aufenthaltsrecht aufgrund Ausbildung .....	475
a) Begünstigter Personenkreis .....	475
b) Berufsausbildung .....	476
c) Inhalt und Grenzen der Bewerbungsfreiheit .....	477
3. Deklaratorischer Charakter der Aufenthaltserlaubnis .....	477
IV. Diskriminierungsverbot .....	477
V. Stillhalteklauseln .....	478
1. Begünstigte .....	478
2. Standstill und Familiennachzug .....	480
a) Ehegattennachzug .....	480
b) Familiennachzug und Diskriminierungsverbot .....	481
c) Familiennachzug und Visumszwang .....	482
d) Verschärfung im Ehegattennachzug durch Spracherfordernis .....	483
e) Verschärfungen gegenüber Abkömmlingen .....	483
f) Weitere Begünstigungen durch Standstill .....	485
3. Schranken der Standstill-Wirkung .....	486
a) Ausweisung nach Altrecht? .....	486
b) Verfahrensrechtlicher Standstill .....	488
c) Aufenthaltsverfestigung .....	489
VI. Rechtsverlust und Ausweisungsschutz .....	489
1. Rechtsverlust .....	489
2. Auslandsaufenthalte .....	490
3. Aufenthaltsbeendigung .....	491
VII. Völkerrechtliche Verpflichtungen .....	492
1. Deutsch-Türkisches Niederlassungsabkommen – NAK .....	492
2. Europäisches Fürsorgeabkommen – EFA .....	493
3. Deutsch-türkischer Handelsvertrag .....	493
4. Europäisches Niederlassungsabkommen .....	494
B. Sonstige Assoziationsabkommen .....	495
I. Allgemeines .....	495
II. Unmittelbare Anwendbarkeit und Visumszwang .....	496
III. Aufenthaltsrechtliche Regelungsgegenstände .....	497
1. Niederlassungsfreiheit .....	497
a) Beschränkungen .....	497
b) Schlüsselpersonal .....	498
c) Gleichbehandlungsgebote und Meistbegünstigung .....	499
d) Stillhalteklauseln .....	499
e) Dienstleistungen .....	500
f) Bereichsausnahmen .....	500
2. Einzelne Länder .....	500
a) Andenstaaten .....	500

## Inhaltsverzeichnis

b) Assoziationsabkommen mit Zentralamerika .....	501
c) Postsowjetische Staaten .....	501
d) Staaten des Westlichen Balkan .....	502
e) AKP-Staaten .....	504
f) Fernöstliche Staaten .....	504
3. Touristische Reisen .....	504
4. Rechte von Arbeitnehmern .....	504
a) Arbeitsrechtliche Diskriminierungsverbote .....	504
b) Gebührenrecht .....	509
c) Arbeitsrechtliche Folgen .....	509
d) Diskriminierungsverbot und Aufenthaltsrecht .....	514
e) Familienangehörige .....	515
5. Sozialrechtliche Diskriminierungsverbote .....	515
<b>6. Kapitel. Arbeitsmigration .....</b>	<b>519</b>
§ 13 Einführung .....	519
A. Globalisierung und internationales Personalmanagement .....	519
B. Entwicklung des deutschen Arbeitsmigrationsrechts .....	520
C. Verschiedene Zuwanderungskonzepte .....	521
I. Zuwanderungsmodelle im Vergleich: Angebot versus Nachfrage .....	522
II. Zuwanderungsmodelle im Vergleich: kumulative Punkte versus lineare Rechtsfolge .....	522
III. Änderungen und Neuerungen durch das Fachkräfteeinwanderungsgesetz .....	523
1. Grundsätze .....	523
2. Weiterer Ausbau der Blauen Karte EU .....	524
§ 14 Unionsrecht .....	524
A. Primäres EU-Recht .....	524
I. Unionsbürgerschaft .....	524
II. Dienstleistungsfreiheit .....	525
B. Sekundäres EU-Recht .....	526
C. BREXIT .....	526
§ 15 Nationales Erwerbsmigrationsrecht .....	526
A. Beschäftigung .....	527
I. Prüfungsmaßstab der Bundesagentur für Arbeit .....	527
1. Vergleichbarkeitsprüfung .....	528
2. Vorrangprüfung .....	529
II. Kategorienbasiertes Beschäftigungsrecht .....	529
1. Lokale Beschäftigungen .....	530
a) Fachkräfte mit Berufsausbildung .....	530
b) Fachkräfte mit akademischer Ausbildung .....	531
c) Forscher und Entwickler .....	533
d) Sonstige Beschäftigte nach BeschV .....	536
2. Entsendungen .....	538
a) ICT .....	539
b) Personalaustausch und Auslandsprojekte .....	542
3. Sonstige Beschäftigte: Beschäftigung bestimmter Staatsangehöriger .....	544
a) Einleitung .....	544
b) Besondere Erteilungsvoraussetzungen .....	545
B. Nichtbeschäftigungsfiktion .....	545
I. Einführung .....	545

## Inhaltsverzeichnis

---

II. Befreiungstatbestände .....	546
1. Geschäftsreise im engeren Sinn .....	546
2. Innerbetriebliche Weiterbildung im Konzern .....	547
3. Werklieferungsverträge-Software- und Maschineninstallation ...	547
C. Verfahrensbesonderheit: Das beschleunigte Fachkräfteverfahren .....	548
I. Einführung .....	548
II. Verfahrensablauf .....	549
1. Antragstellung .....	549
2. Zuständigkeit .....	550
3. Kontrahierungspflicht .....	551
4. Verbindliche Vereinbarung .....	551
5. Vereinbarungsinhalt .....	551
6. Aufgaben der Ausländerbehörde .....	552
7. Fristen .....	553
8. Gebühr .....	553
<b>7. Kapitel. Asyl- und Asylverfahrensrecht .....</b>	<b>555</b>
§ 16 Grundlagen und Grundbegriffe des Asylrechts .....	555
A. Entwicklung des Asylrechts .....	555
B. Formen der Schutzgewährung .....	558
C. Grundbegriffe des Asylrechts .....	559
§ 17 Völkerrecht .....	564
A. Genfer Flüchtlingskonvention .....	564
B. Europäische Menschenrechtskonvention .....	567
I. Art. 3 EMRK .....	569
II. Art. 4 des 4. Zusatzprotokolls .....	571
III. Art. 13 EMRK .....	572
§ 18 Unionsrecht .....	573
A. EU-Politik im Asylbereich .....	574
I. Entstehung und Entwicklung einer (gemeinsamen) europäischen Asylpolitik .....	574
II. Die sekundären Rechtsinstrumente der europäischen Asylpolitik ..	577
III. Gesetzentwürfe zur Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems (GEAS) .....	581
B. Dublin-Verordnung .....	582
I. Dublin III-Verordnung .....	583
1. Historische Entwicklung .....	583
2. Aufbau des Dublin-Systems .....	584
3. Territorialer Anwendungsbereich .....	585
4. Sachlicher Anwendungsbereich .....	586
II. Ablauf des Dublin-Verfahrens .....	587
1. Beginn des Dublin-Verfahrens .....	587
2. Recht auf Information und persönliches Gespräch .....	588
a) Recht auf Information .....	588
b) Persönliches Gespräch .....	588
III. Zuständigkeitsbestimmung .....	590
1. Kriterienkatalog und maßgeblicher Zeitpunkt .....	590
2. Zuständigkeitskriterien der Dublin-Verordnung .....	590
3. Erlöschen der Zuständigkeit gemäß Art. 19 Dublin-Verordnung .	591
IV. Kriterien zu Wahrung der Familieneinheit .....	592
1. Verfahrensgarantien für Minderjährige .....	593
2. Familienangehörige .....	595

V. Kriterien aufgrund der Verantwortlichkeit für Einreise und Aufenthalt	596
1. Aufenthaltstitel und Visum	596
2. „Illegale“ Einreise und illegaler Aufenthalt	597
3. Visafreie Einreise und Antrag im Transitbereich eines internationalen Flughafens	599
VI. Ausnahmen von der Anwendung der Kriterien	599
1. Abhängige Personen	599
2. Überstellungsverbote nach Art. 4 GRCh	601
3. Selbsteintrittsrecht	606
4. Humanitäre Klausel	608
VII. Verfahrensablauf	610
1. Aufnahme- und Wiederaufnahmeverfahren	610
2. Antragsfristen und Zuständigkeitsübergang	611
3. Antwortfristen und mögliche Konsequenzen	612
VIII. Verpflichtungen der Asylsuchenden	614
1. (Keine) Verpflichtung, einen Antrag in einem bestimmten Staat zu stellen	614
2. Die Verpflichtung der Mitgliedstaaten, Fingerabdrücke abzunehmen	614
3. Mitwirkung bei der Zuständigkeitsbestimmung im Rahmen des persönlichen Gesprächs	615
4. Die Verpflichtung der Überstellungsentscheidung nachzukommen	616
IX. Bescheid, Zustellung und Überstellung	616
1. Bescheid	616
2. Zustellung	617
3. Überstellung	618
4. Überstellungsfrist	620
X. Rechtsschutz nach der Dublin III-Verordnung	623
1. Formeller Umfang des Beschwerderechts	624
2. Aufschiebende Wirkung	625
3. Zugang zu rechtlicher Beratung und sprachlicher Hilfe	626
4. Materieller Prüfumfang und Vorlage beim EuGH	627
§ 19 Nationales Asyl- und Asylverfahrensrecht	628
A. Verfassungsrechtliche Grundlagen	629
B. Das Asylgesetz und das Aufenthaltsgesetz	632
I. Materielles Asylrecht	632
1. Die Asylberechtigung	632
a) Voraussetzungen	633
b) Einschränkungen	635
c) Rechtsstellung des Asylberechtigten	637
2. Die Flüchtlingseigenschaft	637
a) Voraussetzungen	638
b) Rechtsstellung des Flüchtlings	682
3. Der subsidiäre Schutz	682
a) Voraussetzungen	683
b) Rechtsstellung des subsidiär Schutzberechtigten	697
4. Nationale Abschiebungsverbote	697
a) § 60 Abs. 2 AufenthG	697
b) § 60 Abs. 5 AufenthG	698
c) § 60 Abs. 7 AufenthG	699
d) Rechtsstellung	702

## Inhaltsverzeichnis

5. Widerruf und Rücknahme der erworbenen Rechtsstellung .....	702
a) Widerruf von Asyl- und Flüchtlingsanerkennung .....	703
b) Widerruf der anderen Rechtsstellungen .....	705
c) Rücknahme der Rechtsstellungen .....	705
II. Asylverfahrensrecht .....	706
1. Behördliches Asylverfahren .....	706
a) Grundlagen des behördlichen Asylverfahrens .....	706
b) Die Stellung des Asylantrags .....	710
c) Aufenthaltsrechtliche Folgen der Asylantragstellung .....	715
d) Das behördliche Erkenntnisverfahren .....	718
e) Regelungen über die Verfahrensdauer und Verfahrensbeschleunigung .....	723
f) Pflichten des Antragstellers im Asylverfahren .....	724
g) Rücknahme des Asylantrags und Verzicht (§ 14a Abs. 3 AsylG) .....	728
h) Die Rücknahmefiktion bei Nichtbetreiben des Verfahrens (§ 33 AsylG) .....	729
i) Unzulässige Asylanträge (§ 29 AsylG) .....	732
j) Die Entscheidung des Bundesamts über zulässige Asylanträge .....	738
k) Der Bundesamtsbescheid .....	740
l) Das Verfahren bei Widerruf und Rücknahme .....	742
m) Das Folgeverfahren (§ 71 AsylG) .....	745
n) Das Flughafenverfahren (§ 18a AsylG) .....	747
o) Besondere Verfahrensgarantien für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge .....	748
2. Gerichtliches Verfahren .....	750
a) Einführung .....	750
b) Das erstinstanzliche Klageverfahren .....	751
c) Berufungsverfahren .....	798
d) Eilrechtsschutz im Asylprozess .....	810
III. Rechtsstellung der Asylantragsteller .....	820
1. Einleitung .....	820
a) Übersicht .....	820
b) Die jüngsten Gesetzesänderungen .....	820
c) Bleibeperspektive und soziale Rechte für Asylsuchende .....	821
2. Gestatteter Aufenthalt in der Bundesrepublik .....	822
3. Wohnen und Mobilität .....	823
4. Soziale Leistungen .....	823
a) Grundlagen .....	823
b) Leistungen während der Wohnpflicht in der Aufnahmeeinrichtung .....	824
c) Leistungen bei Antragstellern in Gemeinschafts- oder privater Unterkunft .....	824
d) „Analogleistungen“ nach Ablauf von 18 Monaten .....	824
e) Leistungskürzungen für Asylantragsteller (§ 1a Abs. 4 und 5 AsylbLG) .....	825
f) Medizinische Leistungen .....	825
5. Erwerbstätigkeit, Berufsausbildung, Studium und andere Lebenssituationen .....	826
<b>8. Kapitel. Spätaussiedler .....</b>	<b>829</b>
§ 20 Recht der Spätaussiedler .....	829
A. Grundlagen .....	829
I. Begriffsklärung .....	829

## Inhaltsverzeichnis

II. Historische Entwicklung .....	831
1. 1945 bis 1952 .....	831
2. 1953 bis 1968 .....	831
3. 1969 bis 1986 .....	832
4. 1987 bis 1992 .....	832
5. 1993 bis 2012 .....	832
6. 2013 – heute .....	833
B. Der Erwerb des Spätaussiedlerstatus .....	833
I. Deutsche Volkszugehörigkeit .....	834
1. Abstammung von einem Deutschen .....	835
2. Bekenntnis zum deutschen Volkstum .....	836
a) Nationalitätenerklärung .....	836
b) Bekenntnisurrogat .....	837
c) Bekenntnis auf andere Weise .....	837
d) Bekenntnisfiktion .....	838
3. Bestätigung des Bekenntnisses .....	838
II. Einreise im Wege des Aufnahmeverfahrens .....	839
1. Verlassen des Aussiedlungsgebiets .....	840
2. Im Wege des Aufnahmeverfahrens .....	840
a) Verfahren vom Aussiedlungsgebiet aus .....	840
b) Ausnahme in Härtefällen .....	840
c) Folgeantrag .....	842
III. Begründung des ständigen Aufenthalts in Deutschland .....	842
IV. Fehlen von Ausschlussgründen .....	842
C. Die Aufnahme von Familienangehörigen durch Einbeziehung .....	842
I. Einbeziehungsantrag des Spätaussiedlers .....	843
II. Ehegatte des Spätaussiedlers .....	843
III. Abkömmling des Spätaussiedlers .....	843
IV. Im Aussiedlungsgebiet leben .....	844
V. Gemeinsame Aussiedlung .....	844
VI. Nachträgliche Einbeziehung, wenn im Aussiedlungsgebiet verblieben .....	844
VII. Nachträgliche Einbeziehung im Härtefall .....	844
VIII. Grundkenntnisse der deutschen Sprache .....	845
IX. Fehlen eines Ausschlussgrundes .....	845
D. Die Bescheinigung der Spätaussiedlereigenschaft .....	845
E. Rechtsstellung des Spätaussiedlers und seiner Angehörigen .....	846
F. Rechtsschutz .....	847
<b>9. Kapitel. Integrationsrecht .....</b>	<b>849</b>
§ 21 Grundlagen .....	849
A. Zum Begriff Integration .....	850
B. Foren der Integrationspolitik .....	854
C. Integrationsrechtliche Vorgaben auf der Ebene der EU .....	856
D. Differenzierung nach Status – ein Blick auf ausgewählte Zahlen .....	858
I. Unbefristete Aufenthaltstitel bzw. Aufenthaltsrechte .....	859
II. Aufenthaltserlaubnisse, Aufenthaltsgestattungen und Duldungen ...	860
1. Aufenthaltserlaubnisse .....	860
2. Aufenthaltsgestattungen .....	861
3. Duldungen .....	861
§ 22 Integration durch Erwerb von Kenntnissen der deutschen Sprache und wei- tere Integrationsangebote .....	862
A. Integrationsförderung auf Bundesebene vor dem Zuwanderungsgesetz ..	862

## Inhaltsverzeichnis

B. Grundstruktur des Integrationskurssystems des Aufenthaltsgesetzes (§ 43 AufenthG) .....	863
C. Teilnahmeberechtigung, Zulassung im Rahmen verfügbarer Kursplätze und Ausschluss (§ 44 AufenthG) .....	864
D. Teilnahmeverpflichtung (§ 44a AufenthG) .....	867
I. Anwendungsbereich und zuständige Behörden .....	867
II. Sanktionen bei Verstoß gegen die Teilnahmeverpflichtung .....	868
E. Integrationsprogramm (§ 45 AufenthG) .....	869
F. Berufsbezogene Deutschsprachförderung (§ 45a AufenthG) .....	869
G. Aktuelle Entwicklungen und einige Herausforderungen im Bereich der Integrationskurse .....	870
§ 23 Integrationsförderung durch Zuweisung des Wohnortes .....	871
A. Wohnsitzauflage und Wohnsitzregelung (§§ 12 und 12a AufenthG) .....	871
B. Die Wohnsitzregelung nach § 12a AufenthG .....	873
I. Grundstruktur (insbesondere Abs. 1 und 1a) .....	873
II. „Bestimmter Ort“ (Abs. 2 und 3) .....	874
III. „Zuzugssperre“ (Abs. 4) .....	875
IV. Voraussetzungen bzw. Verfahren für die Aufhebung (Abs. 5), Familiennachzug (Abs. 6), Rückwirkung auf Altfälle (Abs. 7) und Verhältnis zur Wohnsitzauflage (Abs. 10) .....	876
V. Rechtsschutz und Verfahrensregelungen (Abs. 8 und 9) .....	877
C. Fazit .....	877
§ 24 Integration durch Gewährung von Daueraufenthaltsrechten und die gesetzlichen Bleiberechtsregelungen .....	879
A. Regelungen zur Erteilung der Niederlassungserlaubnis nach § 9 AufenthG .....	880
I. Systematische Abgrenzung .....	880
II. Übergangsvorschriften hinsichtlich des AuslG 1990 nach Kapitel 10 AufenthG .....	881
III. Niederlassungserlaubnis nach § 9 AufenthG .....	881
1. Besitz einer Aufenthaltserlaubnis seit fünf Jahren: Anrechenbare Zeiten und Anrechnungsregelungen (Abs. 2 S. 1 Nr. 1 und Abs. 4) .....	882
a) Anrechenbare Zeiten .....	882
b) Anrechnungsregelungen .....	882
2. Sicherung des Lebensunterhalts (Abs. 2 S. 1 Nr. 2 und S. 6) .....	883
3. Altersvorsorge (Abs. 2 S. 1 Nr. 3 und Abs. 3 S. 1 bis 3) .....	884
4. Kein Entgegenstehen von Gründen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung oder von Gefahren (Abs. 2 S. 1 Nr. 4) .....	885
5. Beschäftigungserlaubnis (Abs. 2 S. 1 Nr. 5 und Abs. 3 S. 1 und 3) .....	885
6. Erlaubnisse zur Berufsausübung soweit erforderlich (Abs. 2 S. 1 Nr. 6 und Abs. 3 S. 1 und 3) .....	886
7. Nachweis ausreichender Kenntnisse der deutschen Sprache und Abweichungsregelungen (Abs. 2 S. 1 Nr. 7 und S. 2 bis 5) .....	886
8. Grundkenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse im Bundesgebiet (Abs. 2 S. 1 Nr. 8 und S. 2 bis 5) .....	887
9. Ausreichender Wohnraum (Abs. 2 S. 1 Nr. 9) .....	887
10. Erlöschensregelungen (§ 51 AufenthG) .....	887
B. Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU nach § 9a AufenthG .....	887
I. Ausgeschlossene Formen des rechtmäßigen Aufenthalts (Abs. 3) .....	888
II. Anrechenbare Zeiten und Anrechnungsregelungen (Abs. 2 S. 1 Nr. 1 und § 9b AufenthG) .....	889
III. Lebensunterhaltssicherung (Abs. 2 S. 1 Nr. 2 und § 9c AufenthG) .....	890



IV. Weitgehende Parallelitäten zwischen der Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EU nach § 9a Abs. 2 AufenthG und der Niederlassungserlaubnis nach § 9 Abs. 2 AufenthG .....	890
V. Erlöschensregelungen (§ 51 Abs. 9 AufenthG) .....	890
C. Humanitäre Niederlassungserlaubnis nach § 26 Abs. 3 AufenthG .....	891
I. Völker- und unionsrechtlicher Rahmen – dauerhafte Lösung für Flüchtlinge .....	891
II. Verfestigungsregelung im AufenthG .....	892
1. Fünf-Jahresregelung (S. 1 und 2) .....	894
2. Drei-Jahresregelung (S. 3 und 4) .....	894
D. Humanitäre Niederlassungserlaubnis nach § 26 Abs. 4 AufenthG .....	894
E. Regelungen zum Übergang eines geduldeten Aufenthalts in einen rechtmäßigen humanitären Aufenthalt .....	895
F. Fazit .....	895
§ 25 Sozial- und familienrechtliche Absicherung der Integration .....	897
A. Ausgewählte integrationsrechtliche Problemfelder im deutschen Sozialrecht .....	898
I. SGB III .....	899
1. Ausbildungsförderung nach § 56 SGB III .....	899
2. Beratung und Vermittlung .....	900
3. Zugang zu weiteren Leistungen nach dem SGB III .....	901
II. Ausbildungsförderung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) .....	902
III. SGB VIII .....	903
IV. SGB IX .....	903
V. SGB XII .....	904
VI. SGB II .....	904
B. Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) .....	906
I. Grundstruktur, sozialrechtliche und integrationspolitische Einordnung .....	906
II. Kreis der Leistungsberechtigten und Ausschluss durch Gewährung von Überbrückungsleistungen (§ 1 AsylbLG) .....	907
III. Grundleistungen, Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt sowie sonstige Leistungen (§§ 3, 3a, 4 und 6 AsylbLG) ....	909
IV. Sogenannte Analogleistungen (§ 2 AsylbLG) .....	911
V. Möglichkeiten der Anspruchseinschränkung bei aufenthalts- bzw. asylrechtlichem Fehlverhalten .....	913
1. Anspruchseinschränkung nach § 1a AsylbLG .....	913
2. Ergänzende Bestimmungen nach § 11 AsylbLG .....	916
VI. Möglichkeiten der Anspruchseinschränkung im Bereich des Förderns und Forderns .....	916
C. Familienleistungen .....	917
D. Fazit .....	920
<b>10. Kapitel. Migrationsrechtliche Bezüge des Strafrechts .....</b>	<b>923</b>
§ 26 Einleitung .....	923
A. Schnittmengen von Migrationsrecht und Strafrecht .....	923
I. Die Bereinigung der Akten um nicht mehr verwertbare Daten ....	924
1. Keine Daten sind gute Daten .....	924
2. Wie Daten in die Akten kommen .....	924
3. Anspruch auf Löschung oder Vernichtung von Daten .....	925
4. Die Aktenbereinigung um Daten aus Strafverfahren .....	925
II. Lösungsantrag und Erledigung .....	926

## Inhaltsverzeichnis

B. Strafvollstreckung	926
I. Das Absehen von der weiteren Strafvollstreckung	926
1. Die Abschiebung nach Vollstreckung eines Teils der Freiheitsstrafe	926
2. Abschiebung bewirkt keine endgültige Erledigung der Strafe	927
a) Nachholung der Strafvollstreckung	927
b) Belehrung des Betroffenen	927
c) Rückkehr vor Vollstreckungsverjährung	927
II. Strafaussetzung zur Bewährung nach Abschiebung	928
1. Antragstellung aus dem Ausland	928
2. Persönliche Anhörung	929
C. Strafvollzug	929
I. Vollzugsprobleme bei Migranten	929
1. Offener Vollzug und Vollzugslockerungen	929
2. Verlegung in andere JVA	930
II. Die Rolle der Ausländerbehörde in Vollzugsfragen	930
1. Das „Benehmen“ der Ausländerbehörde	930
2. Anwaltliche Handlungsoptionen	931
III. Gerichtlicher Rechtsschutz	931
§ 27 Spezialgesetzliche Straftatbestände	931
A. Strafverfahren im Staatsangehörigkeitsrecht	932
I. Einleitung	932
II. Strafbarkeit falscher Angaben im Einbürgerungsverfahren	933
1. Falsche wesentliche Angaben	933
2. Falsche oder unterbliebene Angabe von Bagatelldaten	933
3. Einbürgerungshindernis bis zur Tilgungsreife	934
III. Falsche Angaben zum Ausweis nach § 30 StAG	934
B. Straftaten nach dem AufenthG	934
I. Einleitung	934
1. Blankettnormen	935
2. Verwaltungsakzessorietät	935
3. Sabotage des Verfahrens, untergetauchter Ausländer	935
4. Vollziehbarkeit	936
5. Betroffener Personenkreis	936
6. Die Auswirkungen der Rückführungs-RL	937
7. Keine Einschränkung der Genfer Flüchtlingskonvention (§ 95 Abs. 5 AufenthG)	937
II. Verstoß gegen die Passpflicht (§ 95 Abs. 1 Nr. 1 AufenthG)	937
III. Unerlaubter Aufenthalt ohne erforderlichen Aufenthaltstitel (§ 95 Abs. 1 Nr. 2 AufenthG)	938
IV. Einreise ohne Pass (§ 95 Abs. 1 Nr. 3 AufenthG)	939
V. Verstoß gegen ein Ausreiseverbot oder gegen eine Einschränkung der politischen Betätigung (§ 95 Abs. 1 Nr. 4 AufenthG)	939
VI. Verstoß bei der Überprüfung, Feststellung und Sicherung der Identität (§ 95 Abs. 1 Nr. 5 AufenthG)	940
VII. Verstöße bei Maßnahmen zur Feststellung und Sicherung der Identität (§ 95 Abs. 1 Nr. 6 AufenthG)	940
VIII. Verstöße gegen Maßnahmen zur Überwachung von Ausländern (§ 95 Abs. 1 Nr. 6a AufenthG)	940
IX. Wiederholter Verstoß gegen Aufenthaltsbeschränkung (§ 95 Abs. 1 Nr. 7 AufenthG)	941
X. Mitgliedschaft in einer geheimen Gruppe (§ 95 Abs. 1 Nr. 8 AufenthG)	942

## Inhaltsverzeichnis

XI. Verstoß gegen Verbot der Erwerbstätigkeit durch Inhaber von Schengen-Visa (§ 95 Abs. 1a AufenthG) .....	942
XII. Verstöße gegen Einreise- oder Aufenthaltsverbot (§ 95 Abs. 2 Nr. 1 AufenthG) .....	943
XIII. Falschangaben zum Erschleichen eines Aufenthaltstitels oder einer Duldung (§ 95 Abs. 2 Nr. 2 AufenthG) .....	943
XIV. Einschleusen von Ausländern (§§ 96, 97 AufenthG) .....	945
C. Strafbarkeit nach dem AsylG .....	946
I. Verleiten zur missbräuchlichen Antragsstellung (§§ 84, 84a AsylG) .....	946
II. Verstöße gegen Beschränkungen (§ 85 AsylG) .....	947
§ 28 Migrationsrechtlich relevante Vorschriften des StGB .....	947
A. Straftatbestände .....	948
B. Rechtfertigungs- und Entschuldigungsgründe .....	948
C. Rechtsfolgen von Straftaten .....	949
I. Keine generellen Sonderregeln bei der Strafe .....	949
II. Einige relevante Strafzumessungskriterien .....	949
1. Die sogenannte Ausländereigenschaft .....	949
2. Ausländerrechtliche Folgen einer Verurteilung .....	949
3. Strafempfindlichkeit .....	950
III. Die Maßregeln der Unterbringung nach §§ 63, 64, 66 StGB .....	950
1. Die praxisrelevanten Maßregeln .....	950
2. Die Unterbringung in einer Entziehungsanstalt .....	950
a) Zunahme der Unterbringungen nach §§ 63, 64 StGB .....	950
b) Migranten in der Entziehungsanstalt .....	951
c) Zur Vollstreckungsreihenfolge nach § 67 StGB .....	951
d) Partieller Verstoß des § 67 StGB gegen die EMRK .....	952
e) Ausländerrechtliche Chancen der Unterbringung nach § 64 StGB .....	953
f) Maßregelvollzug im Ausland .....	954
<b>11. Kapitel. Datenschutzrecht</b> .....	955
§ 29 Grundlagen .....	955
A. Europarechtliche Grundlagen .....	955
I. Primärrecht .....	955
II. Verordnungen .....	956
1. Datenschutz-Grundverordnung (VO (EU) 2016/679) .....	956
a) Überblick .....	956
b) Rechte der betroffenen Person .....	957
c) Rechtsbehelfe .....	958
2. Dublin III-VO .....	958
3. Eurodac-Verordnung .....	960
a) Überblick .....	960
b) Aufbau des Systems und Grundprinzipien .....	960
c) Erfassung, Übermittlung und Abgleich der Fingerabdruckdaten .....	960
d) Aufbewahrung und Löschung der Daten .....	961
e) Datenmarkierung .....	961
f) Verwendung der Daten für Gefahrenabwehr- und Strafverfolgungszwecke .....	961
g) Datenverarbeitung, Datenschutz und Haftung .....	962
III. Richtlinien .....	963
B. Verfassungsrechtliche Grundlagen .....	963

## Inhaltsverzeichnis

---

§ 30 Migrations- und integrationsrechtliche Datenschutzbestimmungen .....	964
A. Aufenthaltsgesetz und -verordnung .....	965
I. Einführung .....	965
II. Erhebung personenbezogener Daten .....	966
III. Übermittlung personenbezogener Daten .....	967
IV. Speicherung und Löschung personenbezogener Daten .....	967
V. Ausweisrechtliche Pflichten und Auswertung von Datenträgern ...	968
VI. Überprüfung, Feststellung und Sicherung der Identität .....	969
VII. Elektronische Aufenthaltsüberwachung .....	970
VIII. Beteiligung der Sicherheitsbehörden .....	970
IX. Rechte des Betroffenen .....	971
B. Asylgesetz .....	971
I. Einführung .....	971
II. Erhebung personenbezogener Daten .....	971
III. Übermittlung personenbezogener Daten .....	972
IV. Löschung personenbezogener Daten .....	972
V. Mitwirkungspflichten des Ausländers .....	973
VI. Sicherung, Feststellung und Überprüfung der Identität .....	973
VII. Auswertung von Datenträgern .....	975
VIII. Rechte des Betroffenen .....	975
C. Ausländerzentralregistergesetz und -durchführungsverordnung .....	975
I. Entwicklung und Aufbau des Registers .....	975
II. Anlässe der Speicherung und Inhalt des Registers .....	976
III. Datenübermittlung .....	977
1. Übermittlung an das Register .....	977
2. Übermittlung durch die Registerbehörde .....	978
IV. Rechte des Betroffenen .....	980
1. Auskunftsrecht .....	980
2. Rechte auf Berichtigung, Einschränkung der Verarbeitung und Löschung .....	981
3. Übermittlungssperren .....	982
4. Datenschutzaufsicht .....	982
D. Datenschutzgesetze .....	982
I. Überblick .....	982
II. Abgrenzung zwischen öffentlichen Stellen des Bundes und der Länder und nicht-öffentlichen Stellen .....	983
III. Verarbeitung personenbezogener Daten durch öffentliche Stellen ..	984
IV. Datenschutzaufsichtsbehörden .....	984
1. Zuständigkeiten der Aufsichtsbehörden .....	984
2. Aufgaben der Aufsichtsbehörden .....	984
V. Rechtsgrundlagen der Verarbeitung personenbezogener Daten ....	985
1. Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten ..	985
2. Verarbeitung zu anderen Zwecken .....	986
3. Datenübermittlungen durch öffentliche Stellen .....	986
VI. Rechte der betroffenen Person .....	987
1. Informationspflicht bei Erhebung personenbezogener Daten ....	987
2. Auskunftsrecht der betroffenen Person .....	988
3. Recht auf Löschung .....	988
4. Widerspruchsrecht .....	988
5. Rechtsbehelfe .....	989
<b>Sachverzeichnis .....</b>	<b>991</b>